



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Vergütung für Mehrarbeit im Justizvollzug ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4556

Der Ausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 22. September 2016 überwiesenen Antrag der Fraktion der CDU in mehreren Sitzungen befasst. Er schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 1. Februar 2017 ab.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN empfiehlt er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende